

Ständerat

Conseil des États

Consiglio degli Stati

Cussegl dals stadis



21.319 s Kt. Iv. JU. Impfungen von öffentlichem Interesse müssen für alle zugänglich sein

Bericht der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit vom 13. Oktober 2022

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates hat an ihrer Sitzung vom 13. Oktober 2022 die vom Kanton Jura am 22. September 2021 eingereichte Standesinitiative vorgeprüft.

Die Initiative verlangt, dass die Schweiz ihrer humanitären Tradition Vorrang einräumt und darauf pocht, dass von der in den WTO-Abkommen vorgesehenen Flexibilität verstärkt Gebrauch gemacht wird, damit die Covid-19-Impfstoffe weltweit allen zugänglich sind.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt einstimmig, der Initiative keine Folge zu geben.

Berichterstattung: Stöckli

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Erich Ettlin

Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Erwägungen der Kommission



1 Text und Begründung

1.1 Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 84 Buchstabe o der Verfassung des Kantons Jura nimmt das Parlament des Kantons Jura sein Initiativrecht auf Bundesebene wahr und verlangt, dass die Schweiz ihrer humanitären Tradition Vorrang einräumt und darauf pocht, dass von der in den WTO-Abkommen vorgesehenen Flexibilität verstärkt Gebrauch gemacht wird, damit die Covid-19-Impfstoffe weltweit allen zugänglich sind.

1.2 Begründung

Wir leiten unsere Initiative mit einer Frage ein, die unserer Ansicht nach rein rhetorisch ist: Sollten Impfstoffe in einer Pandemie nicht ein öffentliches Gut sein?

Im November 2020 liessen die Vertreter des G20-Gipfels verlauten, dass man keine Mühen scheuen werde, um für alle einen bezahlbaren und gerechten Zugang zu Covid-19-Impfstoffen, -Tests und Behandlungen sicherzustellen. Wie sich jedoch herausgestellt hat, sind wir abgesehen von einigen wenigen zwischenstaatlichen Solidaritätsgesten weiterhin weitgehend dem Gesundheitsnationalismus verfallen.

Bei einem im Juni 2020 von der internationalen Organisation Gavi geschaffenen Fonds sind bisher zwei Milliarden Spendengelder eingegangen. Es bräuchte aber rund das Dreifache dieses Betrags, um 92 Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen Zugang zu den Impfstoffen zu gewähren. Gleichzeitig haben sich die reichen Länder dutzende Millionen Impfdosen reserviert. 2021 werden sie über 50 Prozent der weltweiten Produktion verfügen, obschon nur 13 Prozent der Weltbevölkerung in diesen Ländern wohnt. Während die Schweiz zwei Drittel ihrer Bevölkerung bis im Sommer impfen lassen will, geht man davon aus, dass eine solche Impfquote in den ärmsten Ländern der Welt erst 2024 erreicht werden kann. Es sind sich jedoch alle einig, dass man die Pandemie nur durch eine weltweite Impfstrategie zufriedenstellend und langfristig in den Griff bekommen kann.

Um den Zugang zu den vorhandenen und künftigen Impfstoffen zu verbessern, scheint eine Lockerung des Patentschutzes unumgänglich. Ein WTO-Abkommen aus dem Jahr 1995 sieht eine solche Lockerung im Falle einer gesundheitlichen Notlage vor. Das entsprechende Verfahren ist jedoch komplex, weshalb Länder wie Indien und Südafrika, die unter einer Gesundheitskrise ausserordentlichen Ausmasses leiden, eine Patentaussetzung für die Dauer der Pandemie anregen. Die reichen Länder – darunter auch die Schweiz – lehnten diese Forderung leider ab und gaben den Interessen ihrer nationalen Pharmariesen Vorrang.

In unseren Augen lässt sich die Dringlichkeit der Bekämpfung von Covid-19 nicht mit dem Streben nach übertriebenen Gewinnen vereinbaren. Die angeregte vorübergehende Aufhebung des geistigen Eigentums ist daher absolut gerechtfertigt.

2 Erwägungen der Kommission

Aus Sicht der Kommission ist ein guter Zugang zu Impfstoffen von öffentlichem Interesse wichtig. Allerdings erachtet sie die in der Standesinitiative vorgeschlagene Lösung, d. h. die Patentaussetzung, nicht für das richtige Mittel ist, um Covid-19-Impfstoffe weltweit allen zugänglich zu machen. Dies deshalb, weil der Schutz des geistigen Eigentums in den Augen der Kommission insbesondere in Krisenzeiten wesentlich ist und so Innovation gefördert werden kann. Zudem hebt



die Kommission hervor, dass der erschwerte Zugang zu Impfstoffen in Drittstaaten nicht auf einen Mangel an Impfdosen, sondern auf fehlende Logistikkapazitäten zurückzuführen ist. Die Kommission ist vielmehr der Meinung, dass die Kapazitäten zur Herstellung und Verteilung von Impfstoffen über eine enge Zusammenarbeit mit anderen Staaten sowie über Wissens- und Technologieaustausch im Rahmen von Partnerschaften optimal erhöht werden können, wie dies beispielsweise bei der Beteiligung der Schweiz an der Covax-Initiative der Fall ist.

Darüber hinaus ist die Nachfrage nach Covid-19-Impfstoffen derzeit rückläufig, was die Vernichtung grosser Lagerbestände zur Folge hat. Die Standesinitiative entspricht somit nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen und erweist sich als überholt, wenn nicht gar als kontraproduktiv.